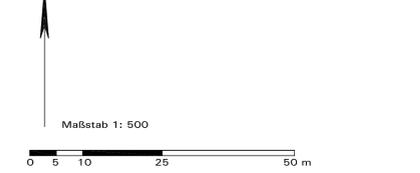
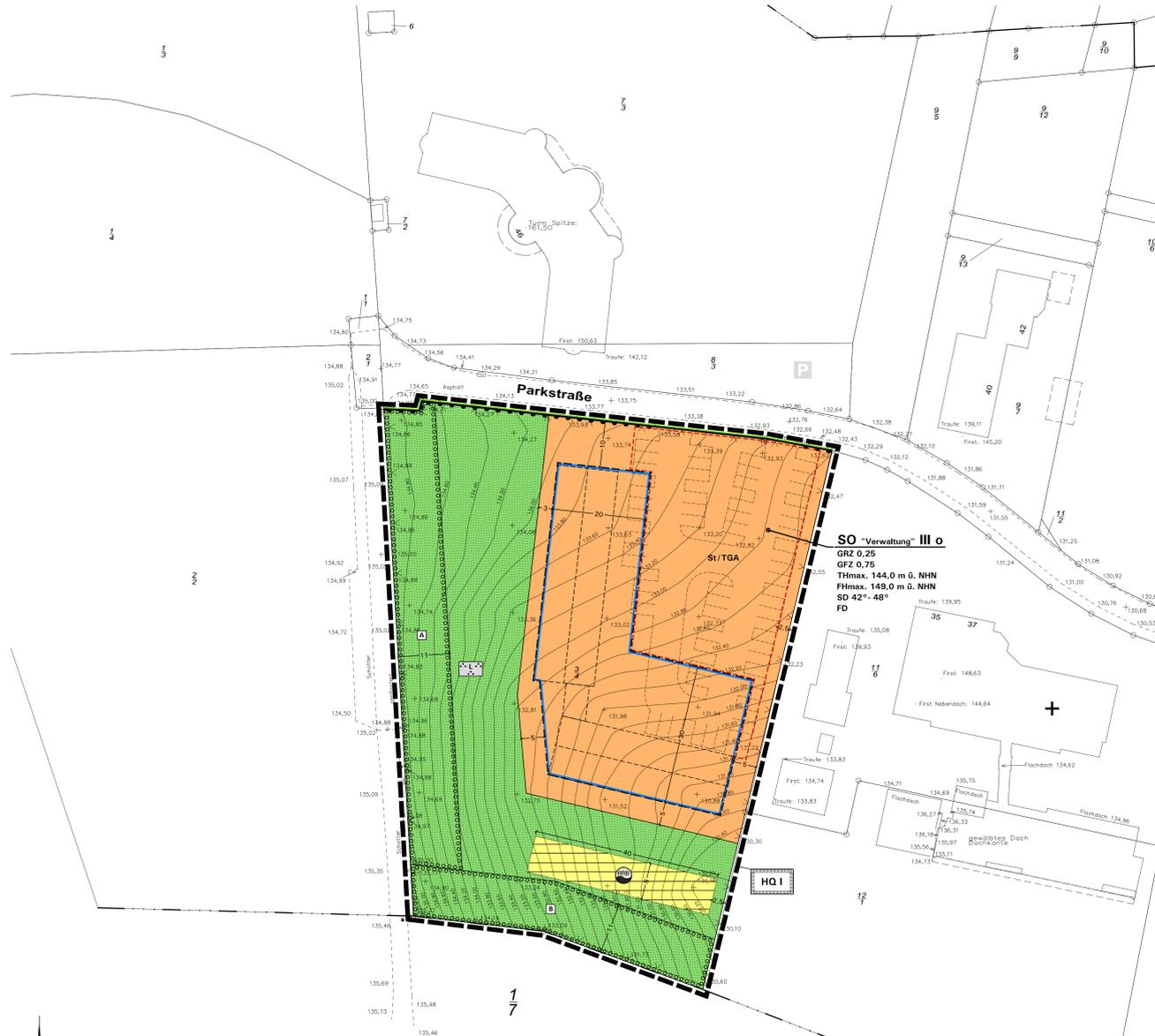


GEMEINDE BAD ROTHENFELDE

BEBAUUNGSPLAN NR. 63 "Südlich der Parkstraße"

mit örtlichen Bauvorschriften gemäß § 84 NBauO



Präambel
Auf Grund des § 11(3) und des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) i.V.m. den §§ 10 und 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) hat der Rat der Gemeinde Bad Rothenfelde den Bebauungsplan Nr. 64 bestehend aus der Planzeichnung und den textlichen Festsetzungen sowie den örtlichen Bauvorschriften über die Gestaltung (§ 84 NBauO) als Satzung beschlossen:

Bad Rothenfelde, den

..... (Siegel)

Bürgermeister

Aufstellungsbeschluss gemäß § 2(1) BauGB	Frühzeitige Öffentlichkeits-, Behörden- und TOB-Beteiligung gem. § 3(1), 4(1) BauGB	Öffentliche Auslegung gemäß § 3(2) BauGB, Behörden- und TOB-Beteiligung gem. § 4(2) BauGB	Satzungsbeschluss gemäß § 10(1) BauGB	Bekanntmachung gemäß § 10(3) BauGB	Verletzung von Vorschriften gemäß § 2(5) BauGB
Der Rat der Gemeinde Bad Rothenfelde hat in seiner Sitzung am die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 64 mit örtlichen Bauvorschriften beschlossen.	Nach örtlicher öffentlicher Bekanntmachung am wurde die frühzeitige Information und Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3(1) BauGB durchgeführt durch:	Der Rat der Gemeinde Bad Rothenfelde hat in seiner Sitzung am den Entwurf des Bebauungsplans und die Begründung mit Umweltbericht hierzu beschlossen und zur öffentlichen Auslegung gemäß § 3(2) BauGB bestimmt.	Der Rat der Gemeinde Bad Rothenfelde hat die gemäß § 10(1) BauGB vorgeschriebene Anregung sowie die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4(2) BauGB in seiner Sitzung am genehmigt. Das Ergebnis ist mitgeteilt worden.	Der Beschluss des Bebauungsplans als Satzung gemäß § 10(1) BauGB ist am bekannt gemacht worden, dass der Plan mit Begründung, Umweltbericht und zusammenfassender Erklärung gemäß § 10(4) BauGB während der Dienststunden in der Verwaltung zu jedermanns Einsichtnahme bereitgehalten wird.	Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Bebauungsplans sind die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften beim Zustandekommen des Bebauungsplans, die Verletzung von Vorschriften über das Verhalten bei der Öffentlichkeitsbeteiligung und beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs nicht geltend gemacht worden.
Siegel der Gemeinde	Siegel der Gemeinde	Siegel der Gemeinde	Siegel der Gemeinde	Siegel der Gemeinde	Siegel der Gemeinde
Bad Rothenfelde, den	Bad Rothenfelde, den	Bad Rothenfelde, den	Bad Rothenfelde, den	Bad Rothenfelde, den	Bad Rothenfelde, den
Bürgermeister	Bürgermeister	Bürgermeister	Bürgermeister	Bürgermeister	Bürgermeister

Aufstellungsbeschluss gemäß § 2(1) BauGB	Frühzeitige Öffentlichkeits-, Behörden- und TOB-Beteiligung gem. § 3(1), 4(1) BauGB	Öffentliche Auslegung gemäß § 3(2) BauGB, Behörden- und TOB-Beteiligung gem. § 4(2) BauGB	Satzungsbeschluss gemäß § 10(1) BauGB	Bekanntmachung gemäß § 10(3) BauGB	Verletzung von Vorschriften gemäß § 2(5) BauGB
Der Rat der Gemeinde Bad Rothenfelde hat in seiner Sitzung am die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 64 mit örtlichen Bauvorschriften beschlossen.	Nach örtlicher öffentlicher Bekanntmachung am wurde die frühzeitige Information und Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3(1) BauGB durchgeführt durch:	Der Rat der Gemeinde Bad Rothenfelde hat in seiner Sitzung am den Entwurf des Bebauungsplans und die Begründung mit Umweltbericht hierzu beschlossen und zur öffentlichen Auslegung gemäß § 3(2) BauGB bestimmt.	Der Rat der Gemeinde Bad Rothenfelde hat die gemäß § 10(1) BauGB vorgeschriebene Anregung sowie die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4(2) BauGB in seiner Sitzung am genehmigt. Das Ergebnis ist mitgeteilt worden.	Der Beschluss des Bebauungsplans als Satzung gemäß § 10(1) BauGB ist am bekannt gemacht worden, dass der Plan mit Begründung, Umweltbericht und zusammenfassender Erklärung gemäß § 10(4) BauGB während der Dienststunden in der Verwaltung zu jedermanns Einsichtnahme bereitgehalten wird.	Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Bebauungsplans sind die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften beim Zustandekommen des Bebauungsplans, die Verletzung von Vorschriften über das Verhalten bei der Öffentlichkeitsbeteiligung und beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs nicht geltend gemacht worden.
Siegel der Gemeinde	Siegel der Gemeinde	Siegel der Gemeinde	Siegel der Gemeinde	Siegel der Gemeinde	Siegel der Gemeinde
Bad Rothenfelde, den	Bad Rothenfelde, den	Bad Rothenfelde, den	Bad Rothenfelde, den	Bad Rothenfelde, den	Bad Rothenfelde, den
Bürgermeister	Bürgermeister	Bürgermeister	Bürgermeister	Bürgermeister	Bürgermeister

Aufstellungsbeschluss gemäß § 2(1) BauGB	Frühzeitige Öffentlichkeits-, Behörden- und TOB-Beteiligung gem. § 3(1), 4(1) BauGB	Öffentliche Auslegung gemäß § 3(2) BauGB, Behörden- und TOB-Beteiligung gem. § 4(2) BauGB	Satzungsbeschluss gemäß § 10(1) BauGB	Bekanntmachung gemäß § 10(3) BauGB	Verletzung von Vorschriften gemäß § 2(5) BauGB
Der Rat der Gemeinde Bad Rothenfelde hat in seiner Sitzung am die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 64 mit örtlichen Bauvorschriften beschlossen.	Nach örtlicher öffentlicher Bekanntmachung am wurde die frühzeitige Information und Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3(1) BauGB durchgeführt durch:	Der Rat der Gemeinde Bad Rothenfelde hat in seiner Sitzung am den Entwurf des Bebauungsplans und die Begründung mit Umweltbericht hierzu beschlossen und zur öffentlichen Auslegung gemäß § 3(2) BauGB bestimmt.	Der Rat der Gemeinde Bad Rothenfelde hat die gemäß § 10(1) BauGB vorgeschriebene Anregung sowie die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4(2) BauGB in seiner Sitzung am genehmigt. Das Ergebnis ist mitgeteilt worden.	Der Beschluss des Bebauungsplans als Satzung gemäß § 10(1) BauGB ist am bekannt gemacht worden, dass der Plan mit Begründung, Umweltbericht und zusammenfassender Erklärung gemäß § 10(4) BauGB während der Dienststunden in der Verwaltung zu jedermanns Einsichtnahme bereitgehalten wird.	Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Bebauungsplans sind die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften beim Zustandekommen des Bebauungsplans, die Verletzung von Vorschriften über das Verhalten bei der Öffentlichkeitsbeteiligung und beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs nicht geltend gemacht worden.
Siegel der Gemeinde	Siegel der Gemeinde	Siegel der Gemeinde	Siegel der Gemeinde	Siegel der Gemeinde	Siegel der Gemeinde
Bad Rothenfelde, den	Bad Rothenfelde, den	Bad Rothenfelde, den	Bad Rothenfelde, den	Bad Rothenfelde, den	Bad Rothenfelde, den
Bürgermeister	Bürgermeister	Bürgermeister	Bürgermeister	Bürgermeister	Bürgermeister

Aufstellungsbeschluss gemäß § 2(1) BauGB	Frühzeitige Öffentlichkeits-, Behörden- und TOB-Beteiligung gem. § 3(1), 4(1) BauGB	Öffentliche Auslegung gemäß § 3(2) BauGB, Behörden- und TOB-Beteiligung gem. § 4(2) BauGB	Satzungsbeschluss gemäß § 10(1) BauGB	Bekanntmachung gemäß § 10(3) BauGB	Verletzung von Vorschriften gemäß § 2(5) BauGB
Der Rat der Gemeinde Bad Rothenfelde hat in seiner Sitzung am die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 64 mit örtlichen Bauvorschriften beschlossen.	Nach örtlicher öffentlicher Bekanntmachung am wurde die frühzeitige Information und Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3(1) BauGB durchgeführt durch:	Der Rat der Gemeinde Bad Rothenfelde hat in seiner Sitzung am den Entwurf des Bebauungsplans und die Begründung mit Umweltbericht hierzu beschlossen und zur öffentlichen Auslegung gemäß § 3(2) BauGB bestimmt.	Der Rat der Gemeinde Bad Rothenfelde hat die gemäß § 10(1) BauGB vorgeschriebene Anregung sowie die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4(2) BauGB in seiner Sitzung am genehmigt. Das Ergebnis ist mitgeteilt worden.	Der Beschluss des Bebauungsplans als Satzung gemäß § 10(1) BauGB ist am bekannt gemacht worden, dass der Plan mit Begründung, Umweltbericht und zusammenfassender Erklärung gemäß § 10(4) BauGB während der Dienststunden in der Verwaltung zu jedermanns Einsichtnahme bereitgehalten wird.	Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Bebauungsplans sind die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften beim Zustandekommen des Bebauungsplans, die Verletzung von Vorschriften über das Verhalten bei der Öffentlichkeitsbeteiligung und beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs nicht geltend gemacht worden.
Siegel der Gemeinde	Siegel der Gemeinde	Siegel der Gemeinde	Siegel der Gemeinde	Siegel der Gemeinde	Siegel der Gemeinde
Bad Rothenfelde, den	Bad Rothenfelde, den	Bad Rothenfelde, den	Bad Rothenfelde, den	Bad Rothenfelde, den	Bad Rothenfelde, den
Bürgermeister	Bürgermeister	Bürgermeister	Bürgermeister	Bürgermeister	Bürgermeister

Zeichenerklärung und textliche Festsetzungen

A. Rechtsgrundlagen
 Baugesetzbuch (BauGB) i. d. F. der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I. S. 3634);
 Baunutzungsverordnung (BauNVO) i. d. F. der Bekanntmachung vom 21.11.2017 (BGBl. I. S. 3765);
 Planzeichenerverordnung (PlanZV) i. d. F. vom 18.12.1990 (BGBl. I. 1991 S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 04.05.2017 (BGBl. I. S. 1057)
 Niedersächsische Bauordnung (NBauO) i. d. F. vom 03.04.2012 (Nds. GVBl. S. 46), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12.09.2018 (Nds. GVBl. S. 190, 253);
 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 20.06.2018 (Nds. GVBl. S. 113).

B. Festsetzungen und Planzeichen gemäß § 9 BauGB i.V.m. BauNVO

- Art der baulichen Nutzung (§ 9(1) Nr. 1 BauGB)**
 Sonstiges Sondergebiet SO „Verwaltung“ (§ 11(2) BauNVO), siehe textliche Festsetzung D.1.1
- Maß der baulichen Nutzung (§ 9(1) Nr. 1 BauGB)**
 Höhe baulicher Anlagen (§ 18 BauNVO), siehe textliche Festsetzungen D.2:
 Zulässige Traufhöhe TH in Meter über NHN:
 - Höchstmaß, hier 144,00 m ü. NHN
 Zulässige Firsthöhe FH in Meter über NHN:
 - Höchstmaß, hier 145,0 m ü. NHN
 GRZ 0,25
 Grundflächenzahl GRZ (§ 19 BauNVO), Höchstmaß, hier 0,25
 GFZ 0,75
 Geschossflächenzahl GFZ (§ 20 BauNVO), Höchstmaß, hier 0,75
 Zahl der Vollgeschosse (§ 20 BauNVO):
 - Höchstmaß, hier drei Vollgeschosse
- Bauweise, Baugrenzen, überbaubare Grundstücksflächen sowie Stellung baulicher Anlagen (§ 9(1) Nr. 2 BauGB)**
 Bauweise:
 - Offene Bauweise
 Überbaubare Grundstücksflächen (§ 23 BauNVO), siehe textliche Festsetzungen D.3
 durch Baugrenzen umgrenzter Bereich
 nicht überbaubare Grundstücksfläche
- Verkehrsflächen (§ 9(1) Nr. 15 BauGB)**
 Straßenbegrenzungslinie, auch gegenüber Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung
 Verbot der Ein- und Ausfahrt
 Flächen für Stellplätze und Tiefgaragen
- Grünflächen (§ 9(1) Nr. 15 BauGB)**
 Private Grünfläche, Zweckbestimmung „Landschaftspark“
- Landschaftspflegerische und gründerische Festsetzungen (§ 9(1) Nr. 20, 25 BauGB)**
 Anpflanzung einer Strauch-Baum-Hecke (Bereichskennzeichnung A) und einer Waldmantelpflanzung (Bereichskennzeichnung B) aus standortgerechten, heimischen Laubgehölzen, siehe textliche Festsetzungen D.4
- Örtliche Bauvorschriften (§ 9(4) BauGB i.V.m. § 84 NBauO)**
 Dachform und Dachneigung der Hauptbaukörper gemäß Eintrag in der Plankarte, siehe auch textliche Festsetzung E.1. Zulässig sind ausschließlich:
 - Satteldächer (SD), Dachneigungen 42°-48°
 - Flachdächer
- Sonstige Festsetzungen und Planzeichen**
 Fläche für die Abwasserbeseitigung, hier Regenwasserrückhaltebecken, unterirdisch auszuführen und zu begrünen (§ 9(1) Nr. 12 BauGB)
 Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans (§ 9(7) BauGB)
 Maßangabe in Meter
 Heilquellenschutzgebiet, Schutzzone I, siehe Punkt F.1

C. Darstellungen der Plangrundlage ohne Festsetzungscharakter

- Vorhandene Flurstücksgrenzen und Flurstücksnummern
- Vorhandene Bebauung mit Hausnummer
- Vorhandene Geländehöhen, Vermessungsbüro Brunemann (05.2018)
- Vorgeschlagene Gebäude

D. Planungsrechtliche textliche Festsetzungen (§ 9 BauGB i.V.m. BauNVO)

- Art der baulichen Nutzung (§ 9(1) Nr. 1 BauGB)**
 1.1 Das sonstige Sondergebiet SO „Verwaltung“ dient der Unterbringung von Anlagen der Verwaltung und zugehörigen Nutzungen, die das Wohnen nicht wesentlich stören. Zulässig sind:
 - Bürogebäude,
 - Anlagen für Verwaltungen sowie für kulturelle Zwecke,
 - Sozialräume.
- Maß der baulichen Nutzung (§ 9(1) Nr. 1 BauGB)**
 2.1 Die oberen Bezugspunkte für die festgesetzte Höhe baulicher Anlagen sind wie folgt definiert:
 2.1.1 Traufhöhe: Die Traufhöhe TH entspricht der Schnittkante der Außenfläche der aufgehenden Außenwand mit der Oberkante der Dachhaut.
 2.1.2 Firsthöhe: Die Firsthöhe FH entspricht der Oberkante des Firsts. Bei Flachdächern entspricht der höchste Punkt der Attika bzw. des Dachaufbaus der maximalen Firsthöhe.
 2.2 Die gemäß Plankarte festgesetzte Grundflächenzahl GRZ von 0,25 darf durch versiegelte Freiflächen (z. B. offene Stellplätze, Zufahrten und Zuwegungen) bis zu einer Gesamt-GRZ von 0,6 überschritten werden.
- Nicht überbaubare Grundstücksflächen (§ 9(1) Nr. 2 BauGB, §§ 12, 14 und 23(5) BauNVO)**
 3.1 Garagen, Carports (überdachte Stellplätze) und Nebengebäude sind auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen im Sondergebiet SO „Verwaltung“ unzulässig.
 3.2 Oberirdische offene Stellplätze und Tiefgaragen sind innerhalb der überbaubaren Flächen und innerhalb der hierfür gemäß Plankarte festgesetzten Flächen für Stellplätze und Tiefgaragen zulässig.
- Landschaftspflegerische und gründerische Festsetzungen (§ 9(1) Nr. 20, 25 BauGB)**
 4.1 Maximal 10 % der festgesetzten privaten Grünfläche dürfen durch parkbegene, eingeschossige Nebenanlagen und durch Wege- und Platzflächen überbaut werden.
 4.2 Innerhalb der festgesetzten privaten Grünfläche sind außerhalb der festgesetzten Anpflanzungsflächen zusätzlich mindestens 12 standortgerechte, heimische Laubbäume zu pflanzen.
 4.3 Innerhalb der Anpflanzungsfläche mit der Bereichskennzeichnung A gemäß Eintrag in der Plankarte ist eine 5- bis 9-reihige Baum-Strauch-Hecke aus standortgerechten, heimischen Laubgehölzen zu pflanzen.
 4.4 Innerhalb der Anpflanzungsfläche mit der Bereichskennzeichnung B gemäß Eintrag in der Plankarte ist eine Waldmantelpflanzung aus standortgerechten, heimischen Laubgehölzen vorzunehmen.
 4.5 Die anzupflanzenden Gehölze sind fachgerecht zu pflegen und dauerhaft zu erhalten. Abgänge sind gleichartig zu ersetzen.
 Pflanzvorschläge:
 Stiel-Eiche Gemeiner Schneeball
 Rotbuche Haselnuss
 Kirsche Wildrosen
 Vogelbeere Hinweis: Keine Eschen
 Pflanzqualitäten: siehe Grünordnungsplan

E. Örtliche Bauvorschriften (§ 9(4) BauGB i.V.m. § 84 NBauO) für den Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 64 „Am Wäldchen / Mühlenweg“

- Bauliche Anlagen**
 1.1 Dachform und Dachneigung der Hauptbaukörper gemäß Eintrag in der Plankarte. Bei untergeordneten Dachbauten, Zwerchgiebeln, untergeordneten Anbauten und Nebengebäuden (Nebendächern) sind jeweils auch andere Dachformen und -neigungen zulässig.
 1.2 Dachaufbauten und Dacheinschnitte sind im Spitzbodenbereich (=2. Ebene im Dachraum) unzulässig. Alle über der Traufe angeordneten Bauteile, wie Dachgauben, Zwerchgiebel und Dacheinschnitte (Loggien) dürfen in ihrer Gesamtlänge 50 % der zugehörigen Traufhöhe nicht überschreiten. Diese wird gemessen als größte Länge der Gaube in der Dachhaut, Einzellängen werden zusammengerechnet. Abstand zwischen Dachaufbauten/Dacheinschnitten und Ortsgang: mindestens 1,5 m.
 1.3 Der First- bzw. die Oberkante von Nebendächern muss mindestens 0,5 m unterhalb der Oberkante des Hauptfirsts liegen.
 1.4 Als Dacheindeckung sind für geneigte Hauptdächer nur Betondachsteine und Tonziegel in roten bis braunen Farben zulässig sowie Dachbegrünungen, Glasdächer und Solaranlagen. Bei untergeordneten Bauteilen und Nebenanlagen sind auch andere Materialien und Farben zulässig. Glänzende Dachsteine/-ziegel sind ausdrücklich unzulässig (in Zweifelsfällen frühzeitige Abstimmung mit der Gemeinde).
 1.5 Gestaltung der Fassaden: Für Außenwandflächen der Hauptgebäude sind ausschließlich folgende Materialien und Farben zugelassen:
 - Putz: Weiße und helle Tönungen (Definition „helle Tönungen“ nach dem handelsüblichen Natural Color System: Farben mit einem Schwarzanteil von höchstens 10 % und einem Blauanteil von höchstens 10 %). Für Gebäudesockel sind andere Farben und Mauerwerk zulässig.
 - Untergeordnete Bauteile: Es sind andere Materialien, wie z.B. Holz, bis zu einem Flächenanteil von 30 % je Fassadenseite zulässig.
 - Holzblockhäuser mit Holzfassaden sind unzulässig.
 Von den Vorgaben ausgenommen bleiben untergeordnete Bauteile wie Sonnenschutzelemente, Balkone, Brüstungsicherungen, Geländer. Abweichungen können bei einem abgestimmten Gesamtkonzept im Einzelfall ggf. zugelassen werden.
- Gestaltungs- und Bepflanzungsvorschriften**
 2.1 Entlang von öffentlichen Straßenflächen sind nur heckenartige Einfriedungen aus standortgerechten, heimischen Laubgehölzen sowie Zäune aus Drahtgeflecht zulässig.
 2.2 Stellplatzanlagen sind mindestens je angefangene 3 Stellplätze mit einem standortgerechten, heimischen Laubbaum zu begrünen. Die Bäume sind zwischen bzw. neben den Stellplätzen in Baumbeeten von mindestens 12 m² Größe anzuordnen.
 Pflanzqualität: siehe Grünordnungsplan
- Ausdrückliche Hinweise zu diesen örtlichen Bauvorschriften**
 3.1 In Zweifelsfälle bei Gestaltungsfragen wird eine frühzeitige Abstimmung mit der Gemeinde empfohlen.
 3.2 Abweichungen von diesen örtlichen Bauvorschriften richten sich nach § 66 NBauO.
 3.3 Zuwiderhandlungen gegen diese örtlichen Bauvorschriften sind Ordnungswidrigkeiten im Sinne der Bußgeldvorschriften des § 80(3) NBauO und können gemäß § 80(5) NBauO mit einer Geldbuße bis zu 500.000 Euro geahndet werden.

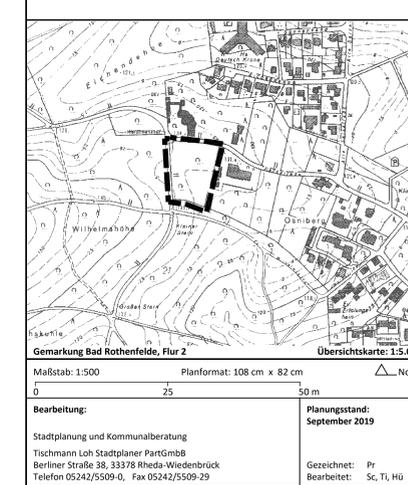
F. Nachrichtliche Übernahme (§ 9(6) BauGB)

1. Heilquellenschutzgebiet
 Der Bereich liegt in der Schutzzone I des Heilquellenschutzgebiets (HöSG) Bad Rothenfelde. Der gemeinsame Beschluss des Regierungspräsidenten in Osnabrück und des Oberbergamts in Clausthal-Zellerfeld über die Festsetzung der Schutzzone für die Solequellen in Bad Rothenfelde vom 07.04.1959 / 05.05.1959 ist zu beachten. Gemäß der Änderungsverordnung vom 15.06.1990 zur oben genannten Verordnung dürfen die dort aufgeführten Arbeiten nur mit vorheriger Zustimmung des Landkreises Osnabrück - Untere Wasserbehörde - vorgenommen werden. Nach der vorgenannten Verordnung sind z.B. Bohrungen und Ausgrabungen von einer Tiefe von mehr als 2 m und die Anlage von Versickerungsanlagen nur mit vorheriger Genehmigung zulässig.

G. Hinweise

- Verwertung von Niederschlagswasser (Regenwasserspeicheranlagen)**
 Die Nutzung des Niederschlagswassers von Dachflächen als Brauchwasser ohne Trinkwasserqualität wird empfohlen. Sicherungsmaßnahmen nach den einschlägigen Vorschriften und nach DIN 1988 sind zu beachten. Auf Antrag kann gemäß § 5 der Abwasserersatzung der Gemeinde Bad Rothenfelde vom 01.01.2002 die Errichtung einer Regenwasserspeicheranlage genehmigt werden.
- Ökologische Belange**
 Die Berücksichtigung ökologischer Belange wird ausdrücklich empfohlen. Insbesondere betrifft dies Wasser- und Energieeinsparung, Nutzung umweltverträglicher Energietechniken, naturnahe Umfeldgestaltung und Verwendung umweltverträglicher Baustoffe. Die Nutzung von regenerativen Energien ist aufgrund des Klimaschutzkonzepts der Gemeinde Bad Rothenfelde unbedingt wünschenswert. Zur Bepflanzung der Grundstücke sind möglichst standortgerechte, heimische oder kulturhistorisch bedeutsame Bäume und Sträucher zu verwenden. Dachbegrünungen werden für Nebenanlagen und Nebengebäude ebenfalls ausdrücklich empfohlen. Die Zulässigkeit der Nutzung von Geothermie mittels Erdwärmesonden ist im Einzelfall zu prüfen.
- Bodenfunde**
 Sollten bei Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde entdeckt werden (z.B.: Tongefäßscherben, Holzkohlesammlungen, Schlacken sowie auffällige Bodenverfärbungen u. Steinkonzentrationen, auch Spurensolcher Funde), sind diese gemäß § 14(1) Nds. Denkmalschutzgesetz (NDöSchG) unverzüglich meldepflichtig. Meldepflichtig ist der Finder, der Leiter der Arbeiten oder der Unternehmer. Bodenfunde und Fundstellen sind nach § 14(2) des NDöSchG bis zum Ablauf von 4 Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen, bzw. für ihren Schutz ist Sorge zu tragen, wenn nicht die Denkmalschutzbehörde vorher die Fortsetzung der Arbeit gestattet.
- Altstandort**
 Ein Altstandort ist der Gemeinde im Bereich Parkstraße 14 bekannt. Auswirkungen auf das Plangebiet sind daraus nicht bekannt. Weitere Altstandorte und/oder Altlasten sind weder im Plangebiet, noch in einem Umkreis von 500 m um das Plangebiet bekannt. Generell gilt: Treten bei Erdarbeiten Auffälligkeiten auf (z.B. bisher unentdeckte Kontaminationen), ist der Fachdienst Umwelt des Landkreises Osnabrück sofort zu verständigen.
- Kampfmittel**
 Einzelfunde sind nicht auszuschließen. Tiefbauarbeiten sind mit entsprechender Vorsicht auszuführen. Treten hierbei verdächtige Gegenstände oder außergewöhnliche Bodenverfärbungen auf, ist die Arbeit aus Sicherheitsgründen sofort einzustellen, der Staatliche Kampfmittelräumdienst ist zu benachrichtigen.

BAD ROTHENFELDE
 BEBAUUNGSPLAN NR. 63
 „Südlich der Parkstraße“
 mit örtlichen Bauvorschriften gemäß § 84 NBauO



Planunterlagen
 Kartengrundlage: Liegenschaftskarte Gemarkung Bad Rothenfelde Flur 2
 Maßstab: 1:1000
 Quelle: Auszug aus den Geobasisdaten der Niedersächsischen Vermessungs- und Katasterverwaltung © Mai 2017
 Herausgeber: Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Niedersachsen Regionalentwicklung Osnabrück
 Die Planunterlagen entsprechen dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weisen die städtebaulich bedeutsamen baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom 31.05.2017). Sie sind hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch exakt.
 Die Übertragbarkeit der neu zu bildenden Grenzen in die Örtlichkeit ist einwandfrei möglich.
 Geschäftsstelle: 175701
 Dipl.-Ing. Mike Straif
 Offiziell. Vermessungsingenieur
 Groninger Straße 1a, 49224 Mele
 Mele, den (Dienststempel)